



**Diskussionspapiere
des Faches Politikwissenschaft**

Rote Reihe

Nr. 121/2004

Frank Nietzsche

Globalisierung und nationale Souveränität

Globalisierung und nationale Souveränität¹

Dass es so etwas wie eine Globalisierung gibt, ist heute unbestritten. Doch weiterhin gibt es eine Reihe von ungeklärten Fragen: Wie kann „Globalisierung“ konkret und interdisziplinär definiert werden? Jeder Wissenschaftler betrachtet die Globalisierung abhängig von seiner Forschungsdisziplin. Der Wirtschaftswissenschaftler interessiert sich für die ökonomischen Prozesse, der Soziologe für die kulturellen, lebensstil-prägenden und moralischen Auswirkungen der Globalisierung, der Politologe wird sich mehr für die Entwicklungen der globalen Institutionen wie IWF, UNO, etc. interessieren.²

Eine weitere Frage ist, ob man besser von Regionalisierung, statt von Globalisierung sprechen sollte, da diese höchst ungleichmäßig in verschiedenen Regionen der Welt verläuft, denn: „Ein Großteil der Handels- und Kapitalströme findet zwischen Ländern ähnlichen Entwicklungsniveaus und ähnlicher Ressourcenausstattung statt.“³

Ist die Globalisierung demzufolge eine reale Entwicklung auf weltgesellschaftlicher Ebene oder nur ein weiterer Begriff aus der „ideologischen Schatzkiste der Neo-Liberalen“, die dem entfesselten Kapitalismus das Wort reden? So begreift z.B. Ulrich Beck das neo-liberale Denken, welches politisches Handeln durch die Mechanismen des Weltmarktes ersetzen will, als „Globalismus“.⁴ Auch Hirst und Thompson widersprechen der Vorstellung von der Allmacht der „Transnationalen Konzerne“, die weiterhin „nationally based“ seien und demzufolge auch von nationaler Politik beeinflussbar wären.⁵ Weiterhin weisen sie ebenfalls wie Peter Robejsek, ein Autor des Sammelbandes, darauf hin, dass die Internationalisierung der Weltwirtschaft in der heutigen Größenordnung kein neues Phänomen sei, sondern in gleichem Maße auch schon vor dem 1. Weltkrieg zu beobachten war.⁶ Ist man schon über die politisch-philosophische Bedeutung der Globalisierung in Streit entbrannt, so könnte man meinen, dass empirische Daten und eine deskriptiv-analytische Aufarbeitung der ökonomischen Prozesse die Globalisierung „auf den Begriff“ bringen könnten. Indikatoren wie: ausländische Direktinvestitionen, Transaktionen auf den Finanzmärkten, Anstieg des Welthandels, Flexibilisierung der Arbeitswelt und Umbau der Konzernstrukturen, Unternehmenszusammenschlüsse, neue Kommunikations- und Technologieentwicklungen, politische und wirtschaftliche Öffnung der Reformländer, etc. müssten Aufschluss über eine tatsächliche oder vermeintliche Globalisierung geben. Doch für jedes Argument findet sich je nach Literaturvorlage und deren politischen Färbung ein Gegenargument. Die Diskussion um die Globalisierung ist z.B. eng verflochten

¹Dieser Beitrag orientiert sich an verschiedenen Aufsätzen des Sammelbandes „Globalisierung und nationale Souveränität“, herausgegeben von Diether Lutz (Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2000). Der Sammelband, der als Festschrift für den emeritierten Politologen Wilfried Röhrich veröffentlicht wurde, beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Globalisierung auf die Rolle des Nationalstaates und dessen nationaler Souveränität.

² Vgl. Beck, U. (1997) Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus, Antworten auf Globalisierung (Suhrkamp, Frankfurt a. M.), S. 44f

³ Siehe: Egger, P./Pfaffermeyer M. (1999) >Theoretische Grundlagen der Globalisierungsdiskussion – Teil 1< Wirtschaft und Gesellschaft, 25. Jahrgang, Heft 1, S. 52

⁴ Vgl. Beck, U. (1997), S. 26

⁵ Vgl. Hirst, P./Thompson, G. (1996) The International Economy and the Possibilities of Governance (Polity Press, Cambridge), S. 2 und S. 95

⁶ ebenda, S. 20f

mit der Entwicklung der „Neuen Märkte“, insbesondere der des Süd-Ost-Asiatichen Marktes. Dieser galt als Paradebeispiel der Möglichkeiten, welche die Globalisierung mit sich brachte, brach aber in der Krise von 1997 ein und erholt sich in der Folgezeit sehr langsam. So prophezeite die Weltbank im Jahr 1997 für die 400 Millionen Asiaten im Jahre 2000 ein Einkommen, das gleich oder höher als das der Europäer und Amerikaner sein sollte.⁷

Auch das Thema des vorliegenden Sammelbandes wird aus unterschiedlichen Blickwinkeln ebenso unterschiedlich bewertet. Während die akademische Linke, wie z.B. Hirst und Thompson, Altvater und Mahnkopf, Hirsch, Narr und die Journalisten Martin und Schumann⁸ die Möglichkeiten des Nationalstaates zur Regulierung von Wirtschaft und Gesellschaft weiterhin betonen, setzen die Autoren des vorliegenden Bandes eher auf globale Institutionen, wie Weltbank, UNO, UN u.a., welche im Rahmen des Konzeptes der „global governance“ die politischen (Teil-) Funktionen der Nationalstaaten ersetzen sollen.

Auch zum Hintergrund der Globalisierung gibt es unterschiedliche Ansätze. Während einige (meist sozialistische und neo-marxistische) Publikationen die Globalisierung als Ausdruck der Schwäche des Kapitalismus begreifen, die durch die Überakkumulation des Kapitals entstanden ist⁹, sehen andere Autoren, ähnlich wie Altvater, die Globalisierung als „Sachzwang des Weltmarktes“¹⁰ und damit als naturgesetzlichen Prozess. Viele Autoren haben allerdings außer dem Hinweis auf den technischen Fortschritt (Arbeitsteilung auf Weltebene) wenig Erklärungen anzubieten.

Ich möchte mich wegen des Umfanges des vorliegenden Bandes auf die wesentliche Frage des Verhältnisses von Globalisierung und deren Auswirkung auf die nationale Souveränität konzentrieren. Beiträge, die dieses Thema nur zum geringen Teil anschneiden, werde ich beiseite lassen, bzw. aus diesen nur kurze Ausschnitte beifügen.

Beginnen möchte ich mit der Frage über das Verhältnis von nationaler Souveränität und multilateralen Institutionen, um dann den Begriff Globalisierung und die Ursachen derselben kritisch zu beleuchten. Zum Schluss werde ich dann die Auswirkungen der Globalisierung auf die nationale Souveränität und Handlungsmöglichkeiten des Nationalstaates aufzeigen, um dann mit einer Beschreibung der Perspektiven für ein „Globales Regieren“ zu enden.

⁷ Vgl. Robejsek, P. (2000): Globalisierung – Eine kritische Untersuchung der Tragfähigkeit eines populären Konzepts. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 74

⁸ Hirst, P./ Thompson, G. (1996): The International Economy and the Possibilities of Governance, Polity Press, Cambridge, weitere: Altvater E./ Mahnkopf, B. (1996): Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Westfälisches Dampfboot, Münster, auch: Hirsch, J. (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat – Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Edition ID-Archiv, Berlin und auch: Martin, H.-P./Schumann, H. (1996): Die Globalisierungsfalle – Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg

⁹ Vgl. Hirsch, J. (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat – Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Edition ID-Archiv, Berlin, S. 89

Multilaterale Institutionen und Hegemoniestreben in der Weltpolitik

Es ist unbestritten, dass die Nationalstaaten Handlungskompetenzen vermehrt an multilaterale Institutionen abgegeben haben. Gleichzeitig ist aber der Einfluss einzelner Nationalstaaten gewachsen, insbesondere der der USA. Kurt P. Tudyka¹¹ beschreibt in seinem Beitrag die neue Qualität von Weltpolitik, die als Korrektiv zur unkontrollierten Globalisierung gelten soll. Unter Weltpolitik versteht man gemeinhin die zwischenstaatliche Politik dieser Welt und das Streben einzelner Staaten nach Weltgeltung. Drei wichtige Entwicklungen sind auszumachen. 1. Es gibt eine neue Qualität der Internationalisierung von Politik durch die Vereinten Nationen. 2. Ein wirkliches Weltmachtstreben einzelner Staaten hat sich auf die USA reduziert. 3. Diese kann durch ihren Einfluss sowohl uni-, wie auch multilateral agieren.¹²

Als Kriterien für eine Weltpolitik im zwischenstaatlichen Bereich können folgende Politikfelder gelten: Wirtschaft und Finanzen, Umwelt, Arbeit und Soziales, Menschenrechte und Frieden und Sicherheit. Tudyka beschreibt anschaulich die Entwicklungen in diesen Bereichen, weist allerdings auch kritisch darauf hin, dass es sich um eine eher fragmentarisch kooperativ betriebene Politik handelt und der Wandel zu einer multilateralen kooperativen globalen Politik sich als träge und widersprüchlich erweist. Vier Gründe für diese Problematik seien auszumachen. Erstens sind die Nationalstaaten in unterschiedlicher Weise von den globalen Problemen betroffen, zweitens kann sich eine kritische Öffentlichkeit im internationalen Maßstab nicht wie eine Öffentlichkeit im nationalen Maßstab artikulieren. Drittens kann eine globale ordnungspolitische Hegemonie nur schwer legitimiert werden und viertens gibt es ein vitales Interesse der nationalen Eliten an der Aufrechterhaltung der eigenen Souveränität. Um diese Probleme lösen zu können, wird von Tudyka eine Reform der Vereinten Nationen auf institutioneller, instrumenteller und inhaltlicher Basis vorgeschlagen, wozu auch die Stärkung des internationalen Gerichtshofes gehöre. Der globalen Weltpolitik der Vereinten Nationen steht die USA mit ihrem Anspruch von Welthegeemonie gegenüber.¹³ Sie ist eine Supermacht im umfassenden Sinne: weltweite Militärpräsenz, führende Wirtschaftskraft, technologischer Vorsprung und kulturelle Ausstrahlung. Dies könne, laut Tudyka, nur durch den Wunsch anderer Nationen Weltgeltung zu erhalten, eingeschränkt werden.

Aus diesem Beitrag ergibt sich die Einsicht, dass gerade die nationale Souveränität der USA trotz Globalisierung keineswegs geschwächt wurde, sondern sich im Gegenteil stärken konnte. Globalisierung bedeutet somit nicht automatisch eine Schwächung von nationalstaatlichen Kompetenzen. Allerdings muss angemerkt werden, dass sich die Stärkung der nationalen Souveränität aus einem Prozess herleitet, welcher gerade den Vorstellungen der Vertreter der „global governance“ zuwiderläuft. Der Anspruch auf eine hegemoniale Stellung der USA konnte nur durch eine Außenpolitik ermöglicht werden, die sowohl eine Blockadepolitik gegenüber den Vereinten Nationen bedeutete,

¹⁰ So der Titel eines Buches von Altvater aus dem Jahre 1987

¹¹ Tudyka, K. (2000): Neue Weltpolitik – eine kritische Bestandsaufnahme. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

¹² Vgl. Tudyka, K. (2000), S. 29

¹³ Unverständlicherweise beschreibt Tudyka gerade nicht die Auseinandersetzungen zwischen den USA und den Vereinten Nationen, die zu einer Blockadepolitik der USA in der Vergangenheit führten. Dies wäre m.E. noch als fünfter Punkt aufzuzählen.

wie auch die Nichtanerkennung supranationaler Institutionen (Internationaler Gerichtshof), sowie die Missachtung des Völkerrechts (Afghanistan).¹⁴

Es ist eine Überlegung wert, ob nicht die Globalisierung in ihren drei Hauptfeldern: Politik, Ökonomie und Kultur sogar rückgängig gemacht werden kann, wenn z.B. durch weltweite Krisen das nationale Eigeninteresse wieder zunimmt. Protektionismus, unilaterales Vorgehen in Kriegen, Wirtschaftskriege und Nicht-Anerkennung internationaler Beschlüsse würden multilaterale Institutionen aushöhlen und schwächen und „globalisierte Politik“ wieder zurückwerfen. Interessant ist bei dieser Fragestellung auch die eindeutige Aussage vieler Autoren, wie z.B. Franz Nuscheler, der die Position vertritt, dass es nicht mehr die Frage sei, ob der globale Entwicklungstrend angehalten oder zurückgedreht werden könnte, sondern nur noch ob und wie er politisch gestaltet werden könne.¹⁵ Die Determiniertheit der Globalisierung scheint für die meisten ein Axiom darzustellen. Beate Kohler-Koch wirft indessen die Frage auf, inwieweit es sich bei der Begrifflichkeit „Globalisierung“ um ein soziales Konstrukt handelt, um einmal eine vielschichtige Wirklichkeit auf den Begriff zu bringen, um zum anderen, da es sich bei der Globalisierung um ein Produkt menschlichen Handelns handelt.¹⁶

Was bedeutet Globalisierung?

Eine von vielen, allgemeinen Definitionen gibt Peter Robejsek an, um die Schwierigkeit einer allgemeingültigen Definition für die Globalisierung zu beschreiben: „Globalisierung assoziieren wir mit dem Siegeszug der Informationstechnologie; mit der Internationalisierung der Märkte; mit der Entstehung einer globalen Konkurrenz; mit der Reduzierung geographischer Distanzen und mit der globalen Kultur.“¹⁷

Doch es gibt nicht nur nicht eine konkrete Definition von Globalisierung, sondern auch unterschiedliche Einschätzungen der Bedeutung und der Ursachen von Globalisierung. Geht man von der (bisher nur unklaren) Folgen und Perspektiven für eine sich fortsetzende Globalisierung aus, können laut Robejsek Unterschiede zwischen Joachim Hirsch, der mit der Globalisierung das Ende des Wohlfahrtsstaates kommen sieht und Hirst und Thompson, welche die Globalisierung als sozialwissenschaftlichen Modetrend ohne empirischen Gehalt sehen, gemacht werden.¹⁸

Weitere Definitionen der Globalisierung richten sich nach Sachbereichen und spezifischen Fragestellungen, in Ökonomie, Kultur und auch sozial-psychologisch nach dem Bewusstsein der Menschen über den Prozess der Globalisierung.

¹⁴ Siehe dazu: Norman Peach (2003): Aktionsfeld Weltinnenpolitik. Völkerrechtliche Grundlagen einer Global Governance, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/2003

¹⁵ Nuscheler, F. (2000): Globalisierung und Global Governance. Zwischen der Skylla der Nationalstaatlichkeit und der Charybdis der Weltstaatlichkeit. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität (Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden), S. 301

¹⁶ Kohler-Koch, B. (2000): Ordnungsdenken in einer globalisierten Welt. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 191f

¹⁷ Robejsek, P. (2000), S. 62

¹⁸ Dem möchte ich hier widersprechen, denn Hirst und Thompson bestreiten nicht, dass es eine Globalisierung auf unterschiedlichen Ebenen gibt, allerdings wehren sie sich gegen den „Mythos Globalisierung“, der in neo-liberaler Manier als eine neue qualitative Stufe des Kapitalismus dargestellt wird und dem die Menschen beinahe hilflos ausgeliefert wären.

Robejsek schlägt als breite Arbeitshypothese folgende Definition vor: „Globalisierung bezeichnet einen Prozess:

- bei dem die Anzahl der Interaktionen ansteigt, die grenzüberschreitend ausgerichtet sind,
- bei dem das ökonomische und politische Handeln seinen territorialen Charakter verliert und sich in Räumen abspielt, die sich über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus ausweiten.
- Gleichzeitig nimmt das gesellschaftliche Bewusstsein um die Interdependenzen in der Welt, die als Einheit existiert, zu.

Ursachen der Globalisierung

- Technischer Fortschritt

Als Ursache der Globalisierung wurde noch Anfang der neunziger ein eher monokausaler Zusammenhang zwischen dem technischen Fortschritt, insbesondere der des Kommunikations- und Transportbereiches, aufgezeigt. Die neuere Literatur betont die technologische Entwicklung als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. In der Soziologie wird die Beziehung zwischen Modernisierung und Globalisierung als kausal bezeichnet, wobei die Autoren uneinig über Auslöser und Konsequenz sind.¹⁹

- Staatliche Politik

Einige Autoren sehen die Politik des Staates, besonders die Politik der ökonomischen Liberalisierung, als Auslöser der Globalisierung an. So z.B. Franz Nuscheler, der die Auffassung vertritt, dass die Globalisierung „das Ergebnis politisch gewollter Deregulierungsstrategien von Reaganismus, Thatcherismus und ähnlich neoliberalen Versionen, die von IWF und Weltbank den Transformationsländern in Ost und Süd aufgezwungen wurden“²⁰ ist. Unterschiede gibt es bei der Frage, ob die Beschleunigung der Globalisierung ein gewünschter oder unerwünschter Effekt staatlichen Handelns darstellt.

Indikatoren zur Messung von Globalisierung

Wie in der Einleitung bereits erwähnt, gibt es eine Reihe von Indikatoren, deren Betrachtung Rückschlüsse auf das Niveau der Globalisierung zulassen. Dazu gehören die Angaben zum Wachstum des internationalen Handels, zum Anstieg der Direktinvestitionen und die Herausbildung der Finanzmärkte mit ihrer drastischen Steigerung des Marktvolumens.²¹

Bei einer genaueren Analyse der Außenhandelsquoten wird laut Robejsek deutlich, dass das Niveau der Globalisierung historisch nicht einmalig ist, da es vor dem 1. Weltkrieg ähnlich hoch war. Somit kann die heutige Entwicklung des Außenhandels als eine Anknüpfung an das Niveau vor dem 1. Weltkrieg gesehen werden, welches durch die Zwischenkriegszeit und den 2. Weltkrieg in seiner Entwicklung unterbrochen wurde.

¹⁹ Diese Meinungsverschiedenheit gleicht allerdings dem Streit über Henne und Ei, denn beide Faktoren bedingen sich und verstärken sich gegeneinander.

²⁰ Nuscheler, F. (2000), S. 302

²¹ Vgl. Robejsek, P. (2000), S. 69

Wenig sensationell erscheint auch der Anstieg bei den ausländischen Direktinvestitionen, die zwar absolut und relativ im Verhältnis zu den Inlandsinvestitionen angestiegen sind, aber von 1960 bis 1991 nur 4,2% der Gesamtinvestitionen der führenden Industrienationen ausgemacht haben. Bei der Entwicklung des Welthandels ist zu sagen, dass dieser zwar absolut zugenommen hat, allerdings relativ zu seinen Niveau der vorherigen Jahre nicht sprunghaft angestiegen ist. Auch die vielbeschworenen „transnationalen Konzerne“ erweisen sich bei näherem Hinschauen als Fiktion, da sie als weiterhin heimatgebundene Unternehmen eher den Charakter von multinationalen Konzernen haben: Sie sind also geographischen Gebieten weiterhin zuzuordnen. Dies ergibt sich aus dem regionalen Bezug der Tochter- und Partnerfirmen, den regionalen Bezug ihrer Direktinvestitionen, bei den Verteilungen der Anlagen und auch den Verkäufen und Profiten.²²

Es bliebe hinzuzufügen, dass die Konzerne natürlich auch weiterhin den Schutz „ihres Staates“ gerne in Anspruch nehmen. Dies betrifft einmal den „Rettungseinsatz“ des Staates für konkurs- und übernahmegefährdete Konzerne, aber auch für solche, die bei Nichterfüllung von Steuer- oder Subventionszahlungswünschen gerne mit Abwanderung drohen.

Dazu kommt noch, dass die Kontrolle der Produktion und die produktionsbezogenen Dienstleistungen in einem Zentrum, meist der Hauptstadt eines hochindustrialisierten Landes, verbleiben. Robejsek pointiert dies in der Aussage: „Die Globalisierung spielt sich in den Städten und in den Köpfen der Städter ab.“²³

Die durch die Fusionswelle erzeugte „Gigantomanie“ der Konzerne ist nicht unbedingt ein Ausdruck für eine sinnvolle und qualitativ neue Entwicklung in Kapitalismus. Ein- bis zwei Drittel enden im Misserfolg und viele Fusionen sind eine Folge der Kapitalschwäche von kleineren Unternehmen, die vor dem Konkurs stehen oder sich nicht gegen eine Übernahme wehren können. Des Weiteren entstehen schwer zu überblickende „Dinosaurier“ und es stellt sich die Frage, ob die „Fusionitis“ nur ein Ausdruck der Suche nach der richtigen Unternehmensgröße ist.²⁴ Während in den Siebzigern und Achtzigern unter dem Stichwort „Diversifikation“ Mega-Mischkonzerne entstanden und viele Konzerne damit scheiterten, mutierten sie in den Neunzigern wieder zu Mega-Spartenkonzerne, um Konkurrenten auszuschalten und um Marktzugänge zu erobern. Die Fusionswelle am Ende der Neunziger wurde besonders von den Aktienmärkten getragen, die den Konzernen durch ihren steigenden Aktienwert Aktientausch, statt realem Kapitaltransfer, ermöglichte. 1988 wurden z.B. weniger als 2% der Transaktionen mit Aktientausch ermöglicht, 1998 waren es schon 50%.²⁵ Somit werden Konzerne zwar „globalisiert“, dieser Prozess kann allerdings in Wirtschaftskrisen auch wieder rückgängig gemacht werden und die Fusionswelle kann auch wieder abebben.

²² ebenda, S. 70f

²³ ebenda, S. 72

²⁴ ebenda: S. 73

²⁵ Vgl. Nitzsche, F. (2000): >Fusionsfieber< in Voran, Nr. 215, 05/2000, S. 5-6

Globalisierung und nationale Souveränität

Ergeben sich durch die Globalisierung einschneidende Konsequenzen für die Territorialität, die Souveränität, die Autonomie und die Demokratie der Nationalstaaten? Robejsek zweifelt dies an und gibt folgende Beispiele: Es lässt sich nicht feststellen, dass infolge der abnehmenden Autonomie der Nationalstaaten in ihren politischen Optionen eine Konvergenz ihrer Wirtschaftspolitik die Folge wäre. Auch eine Angleichung des „Staatsinterventionismus“ auf niedrigem Niveau ist nicht auszumachen.²⁶ So sehen wir trotz der vereinbarten Kriterien zur Euro-Stabilität (Maastricht-Kriterien), dass je nach politischer Lage im jeweiligen Staat sogar die Kriterien in Frage gestellt werden. Ein Beispiel ist die Flutkatastrophe in Ost-Deutschland, in deren Folge Bundeskanzler Schröder die Ansicht vertrat, dass ihn die Stabilitätskriterien angesichts der jetzigen Lage wenig interessieren würden.

Soziologen wie Ulrich Beck sprechen von einer Transformation des Nationalstaates zum transnationalen Staat. Seiner Meinung nach erfolgt ein bewusster Machtverzicht der Politiker aus der Einsicht in die globalen Probleme.²⁷ Egal, ob es sich um einen bewussten oder unbewussten Machtverzicht handelt, der Nationalstaat verliere an Souveränität, so Beck. Robejsek weist allerdings auf Gegen Tendenzen hin. Fallende Zollschränken werden durch technische Barrieren (Normen) ersetzt. Die Abschaffung von Grenzen ermöglicht das Entstehen neuer Grenzen, so z.B. das Schengen-Abkommen.²⁸ Konjunkturkrisen haben die Wieder-Einführung von Zollschränken zur Folge, wie es der Schutz der u.s.-amerikanischen Stahlindustrie durch die Bush-Administration zeigt. Die nationale Souveränität der USA hat in Bezug auf ihre Außenpolitik sicher nicht gelitten, wie die Politik der USA gegenüber der UNO zeigt.

Trotz dieser und vieler anderer möglichen Gegenbeispiele bleibt festzuhalten, dass bis heute der Trend eher in Richtung einer Stärkung und nicht einer Schwächung von multilateralen Institutionen geht. Beate Kohler-Koch erklärt, dass die politikwissenschaftliche Literatur durchgängig zu der Meinung kommt, dass „Globalisierung institutionell eingeeht und politisch gestaltet werden muss.“²⁹ Die Träger einer solchen Gestaltung könnten die folgenden sein:

1. Die Staatenwelt. Dieser Begriff meint die heutige Beziehungen der Staaten untereinander und umfasst die wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen derselben. Kennzeichnend ist der steigende politische Einfluss der nicht-staatlichen Akteure und der Wunsch der Politik diese Entwicklung durch die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit zu kompensieren.
2. Die Gesellschaftswelt. Dies meint eine Situation, in der das Gemeinwohl der globalisierten Welt Vorrang vor dem nationalen Wohl hat. Dementsprechend ist der Einfluss der NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) gewachsen, die jetzt nicht mehr territorial, sondern rein

²⁶ Vgl. Robejsek, P. (2000), S. 75f und vgl. auch den Beitrag von Merkel, W. (2000): Globalisierung und Individualisierung: Die Antwort der europäischen Sozialdemokratie. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

²⁷ Vgl. Beck, U. (1997), S. 34

²⁸ Vgl. Robejsek, P. (2000), S.77f

²⁹ Siehe Kohler-Koch, B. (2000), S. 189

funktional agieren. Dasselbe gilt für die IGOs (Internationale Regierungsorganisationen), während der Einfluss der Nationalstaaten zurückgegangen ist.

3. Die Vernetzungswelt. In dieser haben die Staaten ihre Schlüsselstellung als internationale Akteure verloren. Sie sind als Akteure zu wenig flexibel und anpassungsfähig, um im internationalen Standortwettbewerb, der gleichzeitig lokal und global stattfindet, bestehen zu können. Welche Weltpolitik sich nun in der Zukunft durchsetzen wird bleibt offen und ist auch von der Bereitschaft der Politik abhängig, Zugeständnisse an ihre nationaler Souveränität zu machen.

Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, sieht weiterhin Gestaltungsmöglichkeiten für den Nationalstaat im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik. Dessen Aufgabe sei es, Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen zu schaffen, wie: Regulierungsart- und -dichte, Steuersysteme, Lohnkosten und -nebenkosten, soziale Sicherungssysteme, etc. Walter spricht sich gegen eine Verlagerung der Zuständigkeiten für wirtschaftliche Rahmenbedingungen auf höhere Ebenen aus, betont aber die Notwendigkeit von multilateralen Organisationen für die internationalen Finanzsysteme.³⁰ Auch Egon Bahr betont den Nationalstaat als den Organismus, der Steuern festsetzt, Soldaten aushebt und über ihren Einsatz entscheidet, Bildung und Ausbildung seiner Menschen verantwortet und entscheidet welche Kompetenzen er auf übernationale Organisationen überträgt.³¹

Auch hier sehen wir, dass eine Globalisierung, welche die Abgabe von staatlichen Kompetenzen auf höhere Ebenen nach sich zieht, aus verschiedenen Gründen nicht von allen gewünscht ist. Dies macht noch einmal deutlich, dass der Globalisierung Grenzen gesetzt sind, nämlich die der Bereitschaft gesellschaftlich relevanter Akteure eine „vollständige Globalisierung“ auf ökonomischer und politischer Basis zuzulassen.

Transnationales Regieren in einer globalisierten Welt?

Diese Frage dreht sich um die bisher fehlende „direkte“ Legitimation der multinationalen politischen Institutionen, die anstatt oder neben den Nationalstaaten regieren oder verwalten sollen. Während Soziologen wie David J. Elkins³² für die Zukunft multiple, netzwerkartige und globale Strukturen, die neben den Nationalstaaten agieren, sieht, stellen sich Altvater und Mahnkopf die Frage, wie denn die Menschen ohne Zugang zu den dafür benötigten Informationstechnologien daran partizipieren können.³³ Des weiteren wird die Frage aufgeworfen, wie globales Regieren bei gleichzeitiger Rückbesinnung der Menschen auf ihre lokale Kultur, infolge von Ängsten durch die Folgen der Globalisierung, miteinander zu vereinbaren sei. Das Konzept „Transnationales Regieren“, stellt auch die Frage nach der Zukunft des Nationalstaates. Von Bredow weist in seinem Beitrag³⁴ darauf hin,

³⁰ Vgl. Walter, N. (2000): Globalisierte Kapitalmärkte – Ende nationaler Wirtschaftspolitik? In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 185f

³¹ Vgl. den Beitrag von Bahr, E. (2000): Der Nationalstaat: überholt und unentbehrlich. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S.515

³² Zitiert von Robejsek nach: Elkins, D.J. (1995): Beyond Sovereignty. Territory and Political Economy in the Twenty-first Century, Toronto, S. 26f

³³ Vgl. Altvater E./ Mahnkopf, B. (1996), S.49

³⁴ Von Bredow, W. (2000): Abschied vom Westfälischen System? Die Zukunft der internationalen Staatenwelt. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden

dass sich Sozialwissenschaftler schon seit den Siebziger Jahren darüber streiten, ob der Staat im 21. Jahrhundert eine Zukunft habe. Die Diskussion um die Rolle des Staates ist also keineswegs neu, sie hat aber durch die Diskussion um die Globalisierung eine neue Qualität bekommen. Dabei spielt die UNO eine wichtige Rolle als tatsächliche oder vermeintliche Institution, welche die Geschehnisse des Globus in die Hand nehmen sollte. In den Neunzigern verlor die UNO allerdings wieder an Reputation, vielleicht auch durch die dominierende Rolle der USA, bzw. deren egozentristischen Außen- und Sicherheitspolitik. Eine genauere Beschreibung, wie denn die „Netzwerke des transnationalen Regierens“ aussehen werden oder aussehen könnten, bleiben die meisten Autoren schuldig. Wolf-Dieter Narr spottet dementsprechend: „Ach wie könnte das schön sein: eine Weltzivilgesellschaft – von den weich-stark ausgreifenden Armen einer Global Governance hegend und pflegend umfassen.“³⁵ Er spricht sich gegen die Vorstellung eines „kollektiven Übertaters“³⁶ aus, weist aber auch auf die Notwendigkeit einer reformierten UNO hin. Entscheidend ist für ihn auch die Frage nach der demokratischen Legitimierung einer Institution, die über den Nationalstaat hinausgeht, denn der Nationalstaat machte durch die Versachlichung der Herrschaft die Politik berechenbar, kontrollierbar und damit demokratisch. Bei der anstehenden Abgabe von staatlicher Souveränität an supranationale Institutionen würde Politik wieder unberechenbarer und verlöre an demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, gleichzeitig würde Nationalismus aus Ausgrenzungs- und Identifikationsreflexen entstehen. Narr hat allerdings, außer der Hoffnung auf eine Politik der kleinen Ziele und der kleinen Schritte, auch keine Vorschläge für eine Auflösung des Konfliktes Nationalstaat und globales Regieren anzubieten. Franz Nuscheler sieht dagegen den Nationalstaat weiterhin zuständig für den „Interessenausgleich, die Koordinierung der verschiedenen Akteursgruppen und letztlich für autoritative Entscheidungen.“³⁷ Der Nationalstaat bleibe weiterhin der tragende Pfeiler der Global Governance-Architektur, da nur er den eben angeführten Aufgaben Legitimität verschaffen kann. Somit gibt der Nationalstaat Souveränität nach außen ab, behält aber das Gewaltmonopol nach innen. Als Beispiel wird die EU angeführt, die ein Laboratorium für Global Governance darstelle.³⁸ Ähnlich sieht Gerd Walter die EU als einen „Stützpfeiler der Architektur des Global Governance“³⁹. Dementsprechend wäre ihre Erweiterung ein Schritt in Richtung von globalem Regieren.

Schluss

Globalisierung beschreibt tatsächlich eine quantitative und bedingt qualitative Veränderung in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Diese Veränderungen können, müssen aber nicht zu einer qualitativ neuen Stufe in den Beziehungen der Staaten und der Menschen untereinander führen. Vieles hängt von dem Willen der Beteiligten (Politik, Wirtschaft und Bevölkerung) ab. Außerdem gibt es keine unumkehrbare Globalisierung, wie es leider die beiden Weltkriege im letzten Jahrhundert ge-

³⁵ Siehe Narr, Wolf-D. (2000): Weltpolitik in ver- und entgrenzten Räumen. Probleme, Scheinlösungen, Aporien und Perspektiven. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 359

³⁶ ebenda, S. 356

³⁷ Siehe Nuscher, F. (2000), S. 314f

³⁸ ebenda

zeigt haben und in der die Globalisierungstendenzen einfach zerschlagen wurden. Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten 20 Jahren sind die Reichen reicher geworden – und die Armen ärmer. Die Globalisierung hat den Reichtum der Industriestaaten vermehrt, nicht aber unbedingt den der Schwellen- und Entwicklungsländer. Kann man deshalb eine Entwicklung als global bezeichnen, die eigentlich nur regional zu verstärkter Einbindung und Austausch geführt hat? Darüber wird erst die Zukunft entscheiden.

Schließen möchte ich mit den letzten drei Sätzen aus dem Aufsatz von Peter Robejsek: „Ulrich Wenzel weist darauf hin, dass die Literatur, die das Ende von „...“ mit oder ohne Fragezeichen ankündigt oder bereits als gegeben ansieht, kaum noch überschaubar ist. Das Ende der Moderne, das Ende der Souveränität, das Ende des Nationalstaates, das Ende des westlichen Industriemodells, das Ende der Arbeit, das Ende der Geographie, das Ende einer Weltordnung, das Ende der Dritten Welt, gar das Ende der Zeiten. Die Globalisierung deckt quasi omnipotent all diese Lücken ab, sie scheint einen Neuanfang darzustellen. So gesehen kennzeichnet der Globalisierungsansatz die immerwährende wissenschaftliche Suche nach Antworten auf die Frage nach dem umfassenden Paradigma, ja nach der großen Theorie – und nach dem akut gewordenen Bedarf einer Neuorientierung und Verankerung in Zeiten der Wirren.“

³⁹ Siehe Walter, G. (2000): Eine europäische Antwort auf die Globalisierung. In: Lutz, D. (Hrsg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Nomos- Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, S. 523